

## **Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -)**

### **§ 40b**

#### **Zinsdienstumlage für das Sonderinvestitionsprogramm**

(1) Für den Zinsdienst für Darlehen nach den [§§ 3 und 6 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes](#) vom 9. März 2009 (GVBl. I S. 92) wird vom Landeswohlfahrtsverband Hessen, von den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden eine Zinsdienstumlage erhoben und der Finanzausgleichsmasse zugeführt. Das Umlagesoll entspricht der Höhe des nach [§ 2 Abs. 1 Satz 2](#) im Haushaltsplan veranschlagten Betrages. Soweit der nach [§ 2 Abs. 1 Satz 2](#) im Haushaltsplan veranschlagte Betrag sich im Vollzug des Haushaltsplans verändert, sind die Mehr- oder Minderbeträge des Umlagesolls spätestens im übernächsten Haushaltsjahr zu veranschlagen.

(2) Das Ministerium der Finanzen setzt für die in Abs. 1 genannten Körperschaften im Einzelnen den jeweils aufzubringenden Betrag der Zinsdienstumlage auf der Grundlage der von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen - rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale - ermittelten auf sie entfallenden Zinslasten fest. Die Zinslasten für Darlehen für Ersatzschulen nach [§ 4 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes](#) und für Krankenhäuser auch in nicht öffentlicher Trägerschaft werden jeweils dem Landkreis beziehungsweise der kreisfreien Stadt zugerechnet, in dem oder in der die geförderte Ersatzschule oder das geförderte Krankenhaus liegt.

(3) Die von den einzelnen Körperschaften jeweils aufzubringende Zinsdienstumlage wird grundsätzlich mit Auszahlungen von Leistungen aus der Finanzausgleichsmasse verrechnet.